

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.380.965

Wien, am 27. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Lindner, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. Mai 2021 unter der Nr. **6837/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Offener Brief gegen Diskriminierung“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

1. *Wie lautet Ihre Antwort als Bundeskanzler auf den Offenen Brief gegen Diskriminierung vom 17. Mai 2021, der von mehr als 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen an Sie gerichtet wurde?*
2. *Welche Stelle innerhalb des Bundeskanzleramtes ist mit der Prüfung der aufgeworfenen Forderungen betraut?*
3. *Gab es seitens des Bundeskanzleramtes Gespräche mit anderen Ministerien bezüglich der aufgeworfenen Forderungen aus dem Offenen Brief gegen Diskriminierung?*
 - a. *Wenn ja, wann und von welcher Stelle wurden diese geführt?*
 - b. *Wenn ja, was waren die konkreten Ergebnisse?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*

4. *Sind seitens des Bundeskanzleramtes weitere Schritte zur Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Forderungen aus dem Offenen Brief gegen Diskriminierung geplant?*
 - a. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
5. *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Freie Personenstandswahl ohne bürokratische Hürden“?*
 - a. *Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
6. *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Zugang für transidente und nicht-binäre Personen zu den Einträgen ‚inter‘, ‚divers‘, ‚offen‘ und ‚kein Eintrag‘“?*
 - a. *Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
7. *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Schluss mit der Pathologisierung intergeschlechtlicher und trans Personen - Ende der Gutachtenpflicht“?*
 - a. *Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*
8. *Wie beurteilen Sie die aufgeworfene Forderung „Anerkennung darf nicht zu finanziellen Belastungen und in weiterer Folge zu Schulden führen – kostenfreie Neuaustellung von Dokumenten und Abschaffung der Gebühren für Personenstands- und Vornamensänderungen“?*
 - a. *Sind Schritte zur Umsetzung dieser Forderung im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant?*
 - b. *Wenn ja, welche konkreten Schritte sind geplant?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.*

Die angesprochenen Themenfelder betreffen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, nicht meinen Vollzugsbereich. Ich darf jedoch auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6853/J vom 27. Mai 2021 durch den Bundesminister für Inneres verweisen sowie auf den Ministerialentwurf des Bundesministeriums für Inneres betreffend Bundesgesetz, mit dem

das Meldegesetz 1991 geändert wird, dessen öffentliche Begutachtungsfrist am 22. Juli 2021 endete.

Sebastian Kurz

